

#PRESSEMITTEILUNG 17. August 2020

Messerangriff auf Zugbegleiter: EVG fordert Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) bekräftigt nach der Messerattacke im ICE 702 ihre Forderung nach einheitlichen Sicherheitsstandards in allen Eisenbahn- und Verkehrsunternehmen. "Der feige Angriff auf einen unserer Kollegen macht uns betroffen; wir hoffen auf eine schnelle Genesung", erklärte EVG-Vorstand Kristian Lorocho.

„Wir erwarten, dass die Forderungen unserer Zentralen Fachgruppe Personenfernverkehr umgehend umgesetzt werden. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im direkten Kundenkontakt stehen, sind regelmäßige Weiterbildungen zur Gefahrenabwehr erforderlich, zudem muss die persönliche Ausstattung sicherheitstechnisch optimiert werden“, machte er deutlich. "Als EVG setzen wir nach wie vor auf Deeskalation, aber die Beschäftigten müssen brenzlige Situationen besser erkennen können und wissen, wie sie darauf am besten reagieren".

Zugleich nahm EVG-Vorstand Kristian Lorocho auch die Aufgabenträger in die Pflicht. "Die Doppelbesetzung aller Züge im Nahverkehr mit Kundenbetreuerinnen und Kundenbetreuern oder Zugbegleiterinnen und Zugbegleitern muss eine Selbstverständlichkeit werden; weiterhin brauchen wir zusätzliches, gut ausgebildetes Sicherheitspersonal auf Strecken mit erhöhtem Risiko", stellte er fest.

„Um passgenaue Maßnahmen gegen solche Aggressionen zu entwickeln, müssen Übergriffe bundesweit zentral erfasst und schärfer geahndet werden. Dazu müssen die Bundesländer Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften einrichten“, forderte EVG-Vorstand Kristian Lorocho.

